

# Neue Vorwürfe gegen Bundespräsident Wulff

Sonntag, 15. Januar 2012, 15:51 Uhr

Berlin (Reuters) - Gegen Bundespräsident Christian Wulff gibt es neue Vorwürfe. Medien berichteten am Wochenende, Wulff sei 2008 in seiner Zeit als niedersächsischer Ministerpräsident einer Einladung des Berliner Film-Finanziers David Groenewold zum Oktoberfest in München gefolgt, der ihm teilweise die Übernachtung bezahlt habe.

Bundeskanzlerin Angela Merkel stärkte Wulff derweil erneut den Rücken, forderte aber zugleich lückenlose Aufklärung in der Kredit- und Medienaffäre. "Die Aufgabe heißt, die Fragen umfangreich zu beantworten", sagte sie in Kiel. "Wenn sich neue Fragen stellen, müssen neue Fragen beantwortet werden."

Dem Magazin "Der Spiegel" liegt nach eigenen Angaben eine Hotelrechnung vor, die Groenewold während des Oktoberfestes beglichen habe. Dieser habe damit nach eigener Aussage auch einen Teil der Kosten für die Unterbringung des Ehepaares Wulff übernommen. Wulffs Anwalt sagte dem Magazin dazu, sein Mandant habe eine eigene Hotelrechnung bekommen. Was dort aufgeführt worden sei, habe Wulff beglichen und hinterher "gegenüber der Staatskanzlei und der niedersächsischen CDU abgerechnet", weil er sowohl im Amt als auch für die Partei noch weitere Termine in München gehabt habe.

Laut "Bild am Sonntag" ging es bei den Hotelkosten um ein Upgrade für eine Luxussuite im Hotel "Bayerischer Hof". Groenewolds Anwalt sagte dem Blatt: "Mein Mandant hat dafür, dass Herr Wulff eine bessere Zimmerkategorie erhält, 200 Euro pro Übernachtung bezahlt. Es waren insgesamt zwei Nächte, also 400 Euro." Von der Kostenübernahme habe Wulff nichts gewusst.

## MERKEL: WULFF WIRD ALS PRÄSIDENT WEITER AKZENTE SETZEN

Merkel lobte, dass Wulff sich bereiterklärt hat, die Fragen und Antworten zur Kreditaffäre im Internet publik zu machen, sofern die jeweiligen Medien dem zustimmen. Damit werde ein Beitrag zu umfassender Aufklärung geleistet. Die Beantwortung der Fragen werde dazu beitragen, "dass man dann die Dinge so einordnen kann, dass sie den Ansprüchen auch genügen". Im Deutschlandfunk zeigte sich Merkel überzeugt, dass Wulff auch künftig Akzente setzen könne und die Würde des Amtes erhalten bleibt. Sie schätze seine Arbeit sehr. So habe er Themen wie Integration und Zusammenleben auf die Tagesordnung gebracht.

Andere aus der Union äußerten sich dagegen ungehalten über die Aufklärungspraxis. Die CDU-Abgeordnete Veronika Bellmann etwa sagte der "Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung", das Krisenmanagement sei schlichtweg eine Katastrophe. Hinzu kämen der "Dilletantismus und die Unbeherrschtheit" Wulffs im Umgang mit der Presse, die auf eine gewisse Überforderung zurückzuführen seien. Der CDU-Abgeordnete Karl-Georg Wellmann

wiederholte seine Rücktrittsforderung an Wulff. Am Rande ihrer Klausur in Kiel machten auch mehrere CDU-Vorstandsmitglieder ihrem Unmut über die Aufklärungspraxis Luft.

SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier bezweifelte, dass Wulff seine im Grundgesetz verankerte Kontrollfunktion gegenüber der schwarz-gelben Bundesregierung noch wahrnehmen und deren Gesetze kritisch prüfen kann. Wulff könne nur im Amt bleiben, "weil Kanzlerin und Koalition in trotz Gegrummel in den eigenen Reihen dort halten wollten", sagte er der "Bild am Sonntag". Für den Fall eines Rücktritts forderte Steinmeier einen Allparteien-Präsidenten.

Auch aus der FDP kam Kritik. Der Bundestagsabgeordnete Martin Neumann äußerte in der "Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung" Zweifel, dass Wulff seine Glaubwürdigkeit zurückgewinnen könne. "Ich appelliere an das Verantwortungsgefühl und die Weitsicht des Präsidenten", sagte er. FDP-Fraktionschef Rainer Brüderle beschränkte sich in einem Interview anders als Merkel darauf, die Debatte an sich zu kritisieren. "Wir sollten die Institution des Bundespräsidenten so weit wie möglich außerhalb der täglichen Debatte halten", sagte er der "Welt am Sonntag".

Reuters 2012. Alle Rechte vorbehalten. Jede weitere Veröffentlichung oder Verbreitung von Reuters-Daten, etwa durch Framing oder ähnliche Methoden, ist ohne die vorherige schriftliche Zustimmung von Reuters ausdrücklich verboten. Reuters und das Reuters-Logo mit der Sphäre sind eingetragene Warenzeichen oder Warenzeichen der Reuters Group of Companies weltweit.

Reuters-Journalisten sind dem Redaktionshandbuch von Reuters (Reuters Editorial Handbook) verpflichtet, das eine faire Darstellung und Offenlegung relevanter Themen vorschreibt.